

# Anträge

## **I. Politische Partizipation von Jugendlichen ermöglichen**

### **Antrag der Jusos zum SPD-Unterbezirksparteitag am 16. Februar 2019:**

Die Kreistagsfraktion der SPD im Landkreis Helmstedt wird aufgefordert, sich für die Einrichtung eines Jugendkreistages beim Landkreis Helmstedt einzusetzen. Als mögliches Beispiel könnte der Jugendkreistag im Landkreis Börde genommen werden.

### **Begründung:**

In Zeiten zunehmender Politikverdrossenheit und stärker werdenden Populismus sollte möglichst früh mit der Förderung des (kommunal-)politischen Interesses bei Jugendlichen begonnen und die Möglichkeit geschaffen werden, sich vor Ort zu engagieren. Jugendliche können so schon früh die Strukturen und Verfahren in der Kommunalpolitik kennenlernen, dies schafft Verständnis und Vertrauen für die Arbeit der Kommunalpolitik.

Darüber hinaus sind Jugendliche diejenigen, die am besten wissen, was sie sich wünschen und welche Vorstellungen und Ideen sie zur Gestaltung ihres Lebensumfeldes haben. Sie sollten daher die Möglichkeit bekommen an Themen, die vorrangig die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, öffentlichkeitswirksam mitzuwirken. Gerade für häufig sehr überalterte kommunalpolitische Gremien ist dies eine Möglichkeit neue Sichtweisen und Anregungen zu gewinnen.

Die Möglichkeit für junge Menschen sich in der Politik vor Ort zu engagieren und eigene Ideen und Vorstellungen einfließen zu lassen, schafft Verbindung zwischen den Jugendlichen und ihrem Wohnort und ist damit auch ein weicher Standortfaktor.

## **II. Europäisches Bildungs- und Begegnungszentrum**

### **Helmstedt-Marienborn**

#### **Zur Weiterleitung an Unterbezirksparteitag, Kreistagsfraktion, Landtagsfraktion, Bundestagsabgeordneten und -fraktion**

Die SPD Helmstedt unterstützt die Gründung eines europäischen Bildungs- und Begegnungszentrums, das das einzigartige Ensemble u.a. mit der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, den alten Grenzanlagen, der historischen Helmstedter Universität, der Politischen Bildungsstätte Helmstedt, den Grenzlehrpfaden und des Zonengrenzmuseums umfasst.

Landes- und Bundesregierung sind aufgerufen, die Voraussetzungen für einen einzigartigen Ort intensiver europäischer Begegnungen und Forschung zu schaffen, von dem starke Impulse für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, internationale Gerechtigkeit, europäische Zusammenarbeit und Solidarität ausgehen können.

#### **Begründung**

Helmstedt als Stadt der deutschen Einheit ist prädestiniert für einen Kristallisationspunkt der internationalen europäischen Verständigung. Gerade die Erfahrung der Grenzlage von beiden Seiten her stellt eine günstige Voraussetzung für persönlich geprägte Bildungs- und Begegnungserlebnisse dar. Der Blick in die jüngste Vergangenheit kann helfen, Maßstäbe für die Gegenwart zu setzen.

In Zeiten, in denen auch innerhalb Europas die Entwicklung unserer Demokratien mit großen Ungewissheiten verbunden ist, kann das europäische Bildungs- und Begegnungszentrum Forschungs- und Diskussionsprozesse mitgestalten, kann zukunftsorientierte demokratische Grundhaltungen und europäisches Bewusstsein stärken.

So wie Schöningen das Paläon und Königsutter sein einzigartiges Kulturensemble um den Kaiserdom hat, findet das europäische Bildungs- und Begegnungszentrum in Helmstedt als Stadt der deutschen Einheit und in Marienborn einen besonders geeigneten Platz.

Es sollen alle Anstrengungen unternommen werden, für dieses Projekt ausreichende Mittel aus der geplanten Strukturförderung zu mobilisieren. Für die Verstetigung der Arbeit bietet sich die Etablierung als Forschungsstätte, die Kopplung an die Erwachsenenbildung sowie die Nutzung von Förderprogrammen des Bundes und der EU an.

### **III. SPD-Parteiführung**

#### **Zur Weiterleitung an den Unterbezirks- und Bezirksparteitag, Parteikonvent und Bundesparteitag.**

Alle stellvertretenden Parteivorsitzenden und Beisitzer des Präsidiums übernehmen nach außen erkennbar Aufgaben- und Themenfelder, die sie in Abstimmung mit der Parteivorsitzenden inhaltlich füllen und vertreten.

#### **Begründung:**

Dem Präsidium, bestehend aus

- dem/der Parteivorsitzenden
- den 6 stellvertretenden Parteivorsitzenden
- dem Generalsekretär/der Generalsekretärin
- der Schatzmeisterin/dem Schatzmeister
- dem/der Verantwortlichen des Parteivorstands für die Europäische Union
- aktuell 6 Beisitzer des Präsidiums

sowie

- sicher auch dem Bundesgeschäftsführer/der Bundesgeschäftsführerin

obliegen die Durchführung der Parteivorstandsbeschlüsse und die laufende politische und organisatorische Geschäftsführung.

Aktuell ist die Partei in großer Bedrängnis, externe und interne Faktoren tragen dazu bei. In dieser Situation wäre es fahrlässig, alle Last bei der Vorsitzenden Andrea Nahles, dem Generalsekretär oder dem Bundesgeschäftsführer abzuladen.

Kompetenz und Einsatz aller in die Führungsspitze gewählten Genossinnen und Genossen sollen in verbindlicher konzertierter Aktion zum neuen Erfolg der SPD zusammenwirken.

## **IV. Sozialpolitisches Profil der SPD im Landkreis Helmstedt**

### **stärken**

Zur Stärkung des sozialpolitischen Profils der SPD im Landkreis Helmstedt bilden der Unterbezirksvorstand und die Kreistagsfraktion der SPD eine gemeinsame parteiöffentliche Arbeitsgruppe, die bis zum Sommer 2020 sozialpolitische Leitlinien für die Arbeit der SPD im Landkreis Helmstedt entwickelt. Diese können als Grundlage für das Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2021 genutzt werden.

### **Begründung:**

Am 05. Januar 2019 hat der Landrat im Helmstedter Teil der Braunschweiger Zeitung seine Schwerpunkte für die Arbeit des Landkreises im Jahr 2019 vorgestellt. Demnach liegt ein besonderes Augenmerk für die Zukunft des Landkreises auf der Versorgung mit Breitband, der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Strukturwandel.

Dies ist für uns als SPD nicht genug, da für uns der Erhalt und der Ausbau der sozialen Infrastruktur und der kommunalen Sozialpolitik für die Entwicklung des Landkreises als attraktivem Wohn- und Arbeitsort ein entscheidender Standortfaktor ist. Die kommunale Sozialpolitik ist sehr vielfältig. Sie beschäftigt sich beispielsweise mit der Gesundheitsversorgung und der Möglichkeit vor Ort eine Hebamme in Anspruch nehmen zu können oder im Alter pflegerisch versorgt werden zu können. Sie geht der Frage nach, ob es genügend Plätze in Kindertagesstätten und (Ganztags-)Schulen gibt und, ob die Einrichtungen den Anforderungen der Inklusion entsprechen.

Sie beschäftigt sich mit den Herausforderungen des Arbeitsmarktes, der Wohnungsmarktsituation, der Frage, wie armen Menschen vor Ort geholfen und Armut langfristig bekämpft werden kann. Sie gestaltet die Bildungslandschaft außerhalb von Schule. Sie erarbeitet Möglichkeiten für die Integration von Flüchtlingen. Und auch die Bereiche Gleichstellung, Kultur und Sport sind wichtige Themen der Sozialpolitik.

Kurzum sorgt die Sozialpolitik für ein gesellschaftliches Zusammenleben, in dem sich jede und jeder wohlfühlen kann. Sie trägt damit entscheidend zur Attraktivität eines Standortes bei und ist für junge Menschen und Familien ein wichtiges Kriterium, um sich an einem Ort anzusiedeln.

Der demografische Wandel hat ebenfalls starken Einfluss auf die soziale Infrastruktur vor Ort, kann durch eine kluge Sozialpolitik aber auch gestaltet werden. Um auch in Zukunft ein qualitativ hochwertiges Angebot an Kindertagesstätten und Schulen vorhalten zu können, müssen die entsprechenden Nutzer dafür vor Ort leben. Auf der anderen Seite muss aber auch für eine älter werdende Bevölkerung die notwendige Infrastruktur vorgehalten werden. Medizinische und pflegerische Versorgung werden mit zunehmendem Alter immer wichtiger, ebenso wie die Versorgung mit Mobilitätsangeboten und barrierefreiem Wohnraum. Ein regelmäßiger und kostengünstiger ÖPNV trägt ebenfalls zur Attraktivität eines (Wohn-)Standortes bei.

## **V. Sigmar Gabriel wieder in Verantwortung bringen**

### **Zur Weiterleitung an den Unterbezirksparteitag.**

Der SPD-Ortsverein Helmstedt fordert die Parteiführung auf, Sigmar Gabriel mit einem konkreten, klaren und attraktiven Angebot zur Mitarbeit wieder in vorderster Reihe in die Führungsmannschaft der SPD einzubinden. Dazu gehört neben einem Sitz in der Parteiführung auch ein Platz auf der Regierungsbank.

### **Begründung**

Unsere SPD befindet sich in einer existenziellen Krise; seit der letzten Bundestagswahl ist sie im freien Fall. Da wirkt selbst der einstige „25-Prozent-Turm“, in dem die SPD lange Zeit gefangen schien, bei aktuellen Werten von 14% wie eine Verheißung aus guten alten Zeiten. Diese Krise ist kein „Betriebsunfall“, der nur eine kurzfristige, schnell zu heilende Delle beschreibt, sondern Teil einer langfristigen Entwicklung, die sich schon seit Jahren - nicht nur in Deutschland - abzeichnet.

Das wiederholte Bemühen des jetzigen Führungspersonals, mit innerparteilicher Reformrhetorik („Debattencamp“) und offensiver Regierungsarbeit diese Situation zu verbessern, hat trotz gut gemeinter Absicht keine erkennbare Besserung gebracht.

Da sich Politik in der heutigen Mediengesellschaft vornehmlich über Personen vermittelt, ist eine wesentliche Ursache für die katastrophale Lage der SPD auch und vor allem in dem aktuellen Führungspersonal zu sehen.

Sigmar Gabriel ist der lebendige Beweis, dass sich professionelle Kompetenz und leidenschaftliche Überzeugungskraft nicht ausschließen. Er hat gezeigt, dass sich kluge Konzeptionen mit klarer, verständlicher Sprache vereinbaren lassen. Er besitzt Ausstrahlung, er vermittelt Kompetenz und Glaubwürdigkeit. Aber vor allem anderen auch Hoffnung.

Wir stehen vor einer Europa-Wahl, die entscheidend sein wird für die Zukunft des europäischen Projekts, das auch immer ein sozialdemokratisches Projekt war. Der Kampf für ein soziales, friedliches und demokratisches Europa ist ohne den erfolgreichen Außenpolitiker Sigmar Gabriel, aber auch ohne den leidenschaftlichen Europäer Martin Schulz nicht denkbar.

In dieser historischen Situation, in der die deutsche Sozialdemokratie in den Abgrund blickt, wäre es verhängnisvoll und verantwortungslos, weiterhin auf Sigmar Gabriel zu verzichten. Es gibt keine erkennbare Alternative.

## **VI. § 219 a StGB ersatzlos streichen**

Antragstellerin: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im UB  
Helmstedt

Weiterzuleiten an:

Bezirksparteitag, Parteikonvent, Bundesparteitag, SPD-Fraktion im Bundestag  
Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD-Unterbezirk Helmstedt fordert die ersatzlose Streichung des § 219 a StGB. Dafür möge sich die SPD-Fraktion im Bundestag einsetzen.

Der auf dem „Vorschlag der Bundesregierung zur Verbesserung der Information und Versorgung in Schwangerschaftskonfliktlagen“, wie er von den Bundesminister\*innen Katarina Barley, Franziska Giffey, Horst Seehofer, Jens Spahn und Helge Braun ausgehandelt und am 12. Dezember 2018 vorgelegt wurde, fußende Referentenentwurf zur Neufassung/Ergänzung des Paragraphen 219a vom 28. Januar 2019, ist abzulehnen.

### **Begründung:**

§ 219 a beschränkt in unangemessener Art und Weise die Informationsfreiheit von Ärzt\*innen und zugleich von Menschen, die neutralen fachlichen Rat und Unterstützung benötigen. Da in der bisherigen Rechtspraxis „Werbung“ und „Information“ faktisch gleichgesetzt werden, können Ärzt\*innen sachliche Informationen über Schwangerschaftsabbrüche weder auslegen noch veröffentlichen, ohne Sanktionen befürchten zu müssen. Infolgedessen wird betroffenen Frauen das Einholen von Informationen unnötig erschwert.

Informationen, die im Rahmen einer Schwangerschaftskonfliktsituation für die Entscheidungsfindung notwendig sind, müssen jedoch frei zugänglich sein.

Abtreibungen sind in Deutschland ohnehin generell verboten und nur unter ganz engen gesetzlich vorgesehenen Voraussetzungen erlaubt. Zudem ist standesrechtlich, insbesondere gemäß § 27 der Muster-Berufsordnung Ärztinnen und Ärzten u. a. anpreisende, irreführende oder vergleichende Werbung untersagt. Eines weiteren Schutzes durch § 219 a StGB oder einen wie auch immer gearteten Ersatz desselben – und dazu gehört auch der derzeit geplante „Ausnahmetatbestand“ –, bedarf es daher nicht, weshalb auch der auf dem „Vorschlag der Bundesregierung zur Verbesserung der Information und Versorgung in Schwangerschaftskonfliktlagen“ fußende Referentenentwurf abzulehnen ist.

## **VII. Durchsetzung der Parität in allen Parlamenten**

Antragstellerin: Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im UB Helmstedt

Weiterzuleiten an:

Bezirksparteitag

Landesparteitag

Bundesparteitag

Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD-Mitglieder in Landes- und Bundesregierung sowie die SPD-Fraktionen im Landtag Niedersachsen und im Deutschen Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass sowohl für den Landtag in Niedersachsen als auch für den Bundestag und die kommunalen Parlamente Paritätsgesetze eingeführt werden, um so die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen in der Politik sicherzustellen. Vom Landesgesetzgeber in Niedersachsen müssen dazu Regelungen für die kommunale Ebene geschaffen werden.

### **Begründung:**

Nachdem vor 100 Jahren das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, sind Frauen in deutschen Parlamenten heute noch immer nicht gleichberechtigt vertreten. Der Frauenanteil im niedersächsischen Landtag liegt derzeit bei 27,74 % und im Bundestag bei 30,9 %.

Nur ein Paritätsgesetz kann derzeit die gleiche Teilhabe von Männern und Frauen in der Politik gewährleisten.



## **VIII. SPD OV Helmstedt**

**Antrag zum SPD-Unterbezirksparteitag am 16.2.2019**

### **Mikroplastik vermeiden**

**Zur Weiterleitung an Bezirksparteitag und Bundesparteitag.**

Der Parteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung auf, sich für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetikprodukten einzusetzen. Des Weiteren fordern wir zur Bekämpfung des Plastikmülls die Einführung einer Plastiksteuer, die die Herstellung von ersetzbaren Plastikartikeln belastet. Diese muss auf europäischer Ebene mit allen Mitgliedsstaaten abgestimmt und umgesetzt werden.

Außerdem fordern wir die SPD auf allen Ebenen auf, bei ihren parteieigenen Veranstaltungen auf Getränke aus Plastikflaschen sowie auf Plastik-Einweggeschirr soweit möglich zu verzichten.

#### **Begründung:**

Neben sichtbarem Plastikmüll wie Tüten oder Flaschen, die leider viel zu häufig an unseren Küsten und Flussufern angespült werden, gibt es durch Mikroplastik auch eine unsichtbare Gefahr für die Umwelt. Als Mikroplastik werden feste und unlösliche Kunststoffteile bezeichnet, die kleiner als fünf Millimeter sind. Zum Teil entstehen sie durch Abrieb oder Zerfall von Plastikgegenständen. Häufig wird Mikroplastik von der Kosmetikindustrie z.B. in Duschgelen, Haarshampoos, Peelings oder Schminke verwendet und gelangt anschließend durch unsere Abwässer in die Umwelt.

Mikroplastik stellt eine große Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Durch den natürlichen Kreislauf gelangt das Mikroplastik in unsere Lebensmittel und wird dadurch auch von uns konsumiert.

Das bisher in die Umwelt eingebrachte Mikroplastik kann nicht wieder entfernt werden, es kann aber verhindert werden, dass weiterhin große Mengen Mikroplastik in die Umwelt gelangen.

Wenn wir den Plastikmüll bekämpfen wollen, sollten wir selbst mit gutem Beispiel vorangehen und bei unseren Veranstaltungen auf Plastikprodukte verzichten.

## **Antrag des OV HE zum außerordentlichen Parteitag September/ 2018 zur Nachbehandlung**

### **Antrag A 5: Beendigung des Bundeswehrmandats für Irak und Syrien**

Antragsteller: Immo Moshagen

Weiterzuleiten an:  
Unterbezirksparteitag  
Bezirksparteitag  
Parteikonvent  
Bundesparteitag

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Das Mandat des Bundestages für den Einsatz der Bundeswehr in Syrien von Jordanien aus und der Ausbildungseinsatz der Bundeswehr im Irak ist zu beenden beziehungsweise nicht länger zu verlängern.

#### **Begründung:**

Der Bundeswehreinsatz der Tornados in Syrien, in der von Jordanien aus Aufklärungsflüge über Syrien stattfinden, wurde mit der Bekämpfung des IS begründet.

Ebenso wurde der Ausbildungseinsatz der Bundeswehr im Nordirak für die Streitkräfte der kurdischen Regionalregierung mit der Bekämpfung des IS (Daesh) begründet.

Dieser Ausbildungseinsatz ist jetzt jedoch beendet – wegen Erfolgs. Dennoch zieht die Bundeswehr nicht ab, sondern schließt einen weiteren Ausbildungseinsatz an – diesmal für die Streitkräfte der irakischen Zentralregierung.

Der IS ist sowohl in Irak als auch in Syrien militärisch besiegt. Der Staat des IS ist verschwunden.

Sicherlich besteht der IS als ideologische und als terroristische Organisation fort. Für die Bekämpfung des Terrorismus oder gar einer Ideologie ist Militär aber ungeeignet. Soweit eine konventionelle militärische Aufgabe bestand, ist sie beendet. Die Ausbildung des irakischen Militärs, wie die frühere Ausbildung der Streitkräfte der kurdischen Regionalregierung, zieht außerdem die Gefahr mit sich, in (militärische) Auseinandersetzungen zwischen Regionalregierung und Zentralregierung verwickelt zu werden.

Aus den genannten Gründen sollte der Bundestag daher die Auslandseinsätze im Irak und in Syrien beenden.

#### **Falko Mohrs wird dazu mündlich auf dem Parteitag Stellung nehmen**